

nach dem VIII. Parteitag der SED neugebaut oder modernisiert wurde. Seitdem haben sich die Wohnverhältnisse für rund 6 Millionen Menschen unseres Landes grundlegend verbessert. Die SED hält entschlossen an ihrem Kurs fest, bis zum Jahre 1990 die Wohnungsfrage als soziales Problem zu lösen.

Demgegenüber spitzt sich in der BRD die Wohnungsfrage als soziales Problem weiter zu. Nicht etwa, weil es zu wenig Wohnungen gäbe, sondern weil dort auch der Wohnungsbau dem Profitgesetz unterliegt und die Mieten auf unerschwingliche Höhen steigen. Während in der DDR heute jeder Bürger noch für gleichen Wohnraum die gleiche Miete je Quadratmeter zahlt wie vor 35 Jahren - für Altbauten 70 bis 95 Pfennig, für Neubauten 0,80 Mark bis 1,25 Mark - müssen in der BRD beim sogenannten sozialen Wohnungsbau, der übrigens rapide zurückgeht, über 10,00 DM und auf dem „freien“ Wohnungsmarkt über 15,00 DM dafür auf den Tisch gelegt werden. Noch schneller als die Mieten steigen die Ausgaben für Heizung u. a. Im Durchschnitt wendet eine Familie in der DDR weniger als 3 Prozent des Haushaltseinkommens für Miete auf. In vielen kapitalistischen Ländern - so auch in der BRD - verschlingt sie 25, 35, teilweise sogar 50 und mehr Prozent des Einkommens werktätiger Familien. Für viele Familien wird es daher immer schwerer, diese hohen Mieten aufzubringen. Tausende Neubauwohnungen stehen daher auch leer!

Das materielle Lebensniveau unseres Volkes ist um ein Vielfaches gestiegen, was sich unter anderem deutlich im Zuwachs der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung zeigt. Sie betragen im Jahre 1970 79,4 Milliarden Mark, im Jahre 1983 erreichten sie die beachtliche Summe von 131,1 Milliarden Mark, also das 1,65fache. Die Steigerung der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung wird in

der DDR durch keine Inflation, Mieterhöhungen oder Erhöhung der Steuersätze beschnitten.

In der BRD dagegen ziehen der Staat und die Monopole den Werkträgern von Jahr zu Jahr mehr Gelder aus der Tasche, um die Profite der Konzerne zu erhöhen und die besonders profitable Hochrüstung zu finanzieren. Jede BRD-Familie wird heute schon jährlich mit 5000,- DM Steueraufkommen für „Leopard“-Panzer, „Tornado“-Flugzeuge, „Pershing“-Raketen und andere Rüstungsgüter zur Kasse gebeten.

In der DDR erhält jede Familie rund 10 000 Mark jährlich an geldlichen und unentgeltlichen Zu-

Gravierender Vorzug: Vollbeschäftigung

Sie ist ein Vorzug, der sich unmittelbar aus dem ökonomischen Grundgesetz des Sozialismus ableitet: Indem die Produktion auf die Bedürfnisse der Volksmassen ausgerichtet und dafür durch die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ein stetiges Wirtschaftswachstum gesichert wird, ist die Vollbeschäftigung gewährleistet. In der Wirtschaft der DDR wurden in den vergangenen Jahren durch planmäßige Rationalisierung auf dem Schwedter Weg viele Arbeitskräfte für die Lösung anderer wichtiger Aufgaben zur Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft gewonnen. Nicht einer von ihnen ist durch die Rationalisierung überflüssig und arbeitslos geworden. Und es ist ein Zeichen sozialistischer Demokratie, daß alle Werkträgern in vertrauensvollen Aussprachen in die Lösung von Rationalisierungsvorhaben einbezogen und aktiv daran beteiligt wurden, die effektivsten ökonomischen und organisatorischen Wege zu finden.

Auch da tritt wieder der gravierende Unterschied zum Kapitalismus in Erscheinung: Die kapitalistische, Rationalisierung, also die Nutzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Inter-

wendungen vom Staat der Arbeiter und Bauern, die das Familienbudget erhöhen. Das verfügbare Realeinkommen eines Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes betrug 1982 im Durchschnitt 2282,- Mark monatlich; darunter waren 789,- Mark aus gesellschaftlichen Fonds.

Die soziale Sicherheit, Geborgenheit und Zukunftsgewißheit haben in der DDR eine qualitativ neue Höhe erreicht. Seit 1949 ist Arbeitslosigkeit für die Bürger der DDR ein fremder Begriff. Während sie im Kapitalismus millionenfach grassiert und Jahr für Jahr wächst, gehört Vollbeschäftigung zu den realen Werten des Sozialismus in der DDR.

esse des Profits, führt anders als im Sozialismus nicht zur Freisetzung des Menschen lediglich von körperlich schwerer oder monotoner Arbeit, sondern zur Freisetzung von Arbeit überhaupt. Unter diesen Bedingungen ist Dauerarbeitslosigkeit unvermeidbar.

Während also der Kapitalismus immer weniger in der Lage ist, grundlegende Lebensinteressen der Menschen - ihre Sehnsucht nach Frieden, Arbeit und Brot, nach einem gesicherten und kulturreichen Leben - zu befriedigen, ist die Wirtschafts- und Sozialpolitik der marxistisch-leninistischen Parteien darauf gerichtet, gerade diese entscheidenden Menschenrechte, die volle Entfaltung der Persönlichkeit, zu sichern.

Die SED hält unbeirrbar an diesem vom ökonomischen Grundgesetz vorgezeichneten Weg der Hauptaufgabe fest - auch, nachdem sich wesentliche außenpolitische und außenwirtschaftliche Bedingungen veränderten. Sie tat dies stets im Interesse der Arbeiterklasse und aller Werkträgern.

Dies war so, als unsere Partei beschloß, auch unter den Bedingungen des rapiden Preisanstiegs für Rohstoffe und Energieträger auf dem Weltmarkt Mitte